Nummer 113

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Sonnabend, 8. März 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten | Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwort. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Polit. Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Herbert Rentner, Inseratenteil: i. V.: A. Lotze, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlags-Akt.-Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1930 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Abermalige Warnung der Wirtschaft.

Die Spitzenverbände gegen das Steuerprogramm.

Anläßlich der Veröffentlichung des Finanz- und Steuerprogramms der Reichsregierung sind die Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft zu einer Besprechung zusammengetreten.

Als Ergebnis der Aussprache wurde beschlossen, der Reichsregierung und den Koalitionsparteien zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Programm nicht den Notwendigkeiten einer auf Belebung der Wirtschaft und Minderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik entspreche. Die Spitzenverbände halten nach wie vor an den von ihnen seit langem vertretenen Vorschlägen fest, deren Verwirklichung unverzüglich in Angriff genommen werden müsse.

Kundgebung der Mineralbrunnen-Industrie.

Eine Versammlung der Interessenten der Mineralbrunnen-Industrie hat folgende Entschließung gefaßt:

Die in Berlin versammelten Vertreter der Mineralbrunnen-Industrie erheben schärfsten Protest gegen Einführung einer Mineralwassersteuer. Der Voranschlag von 40 Millionen Mark setzt einen Steuerbetrag voraus, der den Verkaufspreis der Wasserindustrie bis über die Hälfte verteuert. Mineralwasser ist kein Luxusgetränk, sondern ein Lebensmittel und ein Volksgetränk. Es wird zu 80 Prozent von minderbemittelten Schichten getrunken. Die Besteuerung dieses Getränks, noch dazu in dieser Höhe, ist eine soziale Ungerechtigkeit sondergleichen. Das Mineralwasser würde prozentual stärker besteuert sein als Schaumwein. Wein ist gar nicht besteuert. Die Steuer würde die Mineralbrunnen-Industrie und den Kleinhandel nahezu vernichten. Der Konsum würde auf einen Bruchteil sinken. Schon aus diesem Grunde würden die Erträgnisse der Steuer wie 1923 durch die Erhebungskosten aufgezehrt werden. Die Mineralbrunnen-Industrie erwartet Absetzung der Steuer von dem Programm.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts.

Wein, Roggen, Gedenkfeier.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen, unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Weingesetzes, der unverzüglich dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugeleitet wird. Der Gesetzentwurf enthält eine Vorschrift, wonach das Verschneiden von deutschem Weißwein mit ausländischen Erzeugnissen verboten ist.

Das Reichskabinett beschäftigte sich sodann mit einem Bericht, den der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die Möglichkeiten, den Getreidemarkt, insbesondere den Roggenmarkt zu bessern, erstattet hatte. Eine Anzahl Vorschläge wurde grundsätzlich gebilligt und der Minister zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Ferner beschloß das Reichskabinett, sich an der vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" am 16. März, 12 Uhr, im Reichstag stattfindenden Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Veranstaltung einen überparteilichen Charakter trägt.

Neue Niederlage des französischen Finanzministers in der Kammer.

Ohne Stellung der Vertrauensfrage.

Paris, 7. März.

Die Kammer hat heute vormittag auf Vorschlag des Finanzausschusses für erste dringende Hilfe im Ueberschwemmungsgebiet einen Kredit von 100 Millionen Francs einstimmig angenommen.

Bei der Besprechung des Einnahmebudgets ist der Budgetminister Germain Martin wiederum in die Minderheit versetzt worden. Bei dem Artikel, der die Angleichung der Pensionen an die Lebensverteuerung vorsieht und in einem besonderen Absatz diejenigen Pensionen davon ausnimmt, die bereits jetzt auf das Fünffache der Vorkriegspensionen erhöht sind, verlangte der Budgetminister entweder die Zurückverweisung des ganzen Artikels an den Ausschuß oder dessen vollständige Annahme, während der Abgeordnete Boutbien nur den letzten Absatz zurückverwiesen wollte.

Die von der Regierung beantragte Zurückverweisung des ganzen Artikels an den Ausschuß wurde von der Kammer mit 320 gegen 288 Stimmen abgelehnt.

Unter dem Eindruck des Blitzschlages.

Schachts Kundgebung — ein Menetekel.

Auch im Reichstag hat gestern die Kunde von dem Rücktrittsentschluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wie eine Bombe gewirkt. Selbst jener Linkskreise, die Herrn Schacht während der letzten Monate zum Objekt einer giftigen Hetze gemacht hatten und sich in der Forderung seines Rücktritts nicht genug tun konnten, bemächtigte sich eine starke Unruhe, die ihre Ursache zweifellos in der Befürchtung hatte, daß kaum ein anderes Ereignis die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen parlamentarischen und innenpolitischen Lage in schärferes Licht hätte rücken können, als die unmißverständliche Absage des Reichsbankpräsidenten an den unheilvollen Kurs der Regierungspolitik. Auch der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der in der Plenarsitzung wegen des Rücktritts interpelliert wurde, konnte seine sichtliche Bestürzung nur schlecht hinter einem künstlich zur Schau getragenen Gleichmut verbergen. Wenn Herr Moldenhauer offiziell von einer „Unbequemlichkeit" sprach, die der Entschluß Dr. Schachts der Regierung verursache, so hat er damit nur die tiefe Niedergeschlagenheit des Kabinetts in einer äußerst euphemistischen Verfeinerung angedeutet. Tendenz war ferner der Versuch des Reichsfinanzministers, den Rücktritt Schachts lediglich mit den „Meinungsverschiedenheiten" zu begründen, die zwischen ihm und der Reichsregierung hinsichtlich der Auslegung des Haager Protokolls entstanden seien. Gewiß haben derartige Meinungsverschiedenheiten eine große Rolle gespielt. Aber Herr Moldenhauer vergaß hinzuzufügen, daß letzten Endes doch die Einigung des Kabinetts auf ein wirtschaftsfeindliches und ganz auf die Wünsche der Sozialdemokratie zugeschnittenes Finanzprogramm dem Faß den Boden ausgeschlagen und Herrn Schacht veranlaßt haben dürfte, nicht länger mit der Ausführung seiner Absicht zu zögern.

Geradezu grotesk mutet es in diesem Zusammenhang an, wenn man hört, daß die Regierung den Schritt des Reichsbankpräsidenten gewissermaßen als Druckmittel verwenden will, um in der für heute vormittag angesetzten Parteiführerbesprechung die Deutsche Volkspartei zur bedingungslosen Annahme ausgerechnet jenes Etatdeckungsprogramms zu zwingen, dessen Unzulänglichkeit fraglos mit zu dem Entschluß des Reichsbankpräsidenten beigetragen hat, die weitere Verantwortung für die währungspolitischen Folgen einer finanziellen Katastrophenpolitik abzulehnen. Erfreulicherweise zeigt die Deutsche Volkspartei durchaus keine Neigung, sich in dieser Weise bäpieren zu lassen. Man ist vielmehr in der weitaus überwiegenden Mehrheit der Fraktion der Ansicht, daß die Deutsche Volkspartei nunmehr, nachdem Dr. Schacht die unhaltbare und verfahrene Lage der Reichsfinanzen schlagend enthüllt hat, noch viel weniger einem Etatdeckungsprogramm zustimmen kann, das mit seiner stark sozialistischen Finanzwirtschaftspolitik genau das Gegenteil von dem darstellt, was Dr. Schacht für erforderlich gehalten haben würde. Infolgedessen kann es wohl als beinahe ausgeschlossen gelten, daß die heutige Parteiführerbesprechung zu einer Annäherung, geschweige denn zu einer Einigung führt. Hinzu kommt, daß der Schritt des Reichsbankpräsidenten die ohnehin schon wankende Stellung des Reichskabinetts weiter erschüttert hat, so daß es — das war gestern abend im Reichstag fast Gemeinansicht aller unterrichteten Kreise — nur noch eines kleinen Anstoßes bedarf, um den seit Monaten immer nur mit knapper Not vermiedenen endgültigen Einsturz des Koalitionsgebäudes herbeizuführen. —ius.

*

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß gestern abend nach Schluß der Plenarsitzung, sich auch in der zweiten Lesung des Youngplans der Stimme zu enthalten, wenn bis dahin nicht zwischen den Regierungsparteien die Kassensanierung gesichert sei.

Das Zentrum setzt also seinen Druck konsequent fort. Im wesentlichen handelt es sich aber auch bei dem neuen Beschluß nur um eine Demonstration, denn erstens muß noch immer abgewartet werden, ob sich das Zentrum nicht doch bei der entscheidenden dritten Lesung des Youngplans an der Abstimmung beteiligt, und zweitens würde auch eine Stimmenthaltung des Zentrums bei der dritten Lesung den Youngplan nicht gefährden, da eine Mehrheit dafür — leider! — auf alle Fälle gesichert ist.

Masaryks Geburtstagsrede.

Elegien über Nationalitätenfrage und „bewaffnete Humanität".

Prag, 7. März.

Präsident Masaryk, der heute seinen 80. Geburtstag feierte und zu dessen Ehren große Umzüge in Prag stattfanden, nahm in der alten Ratskammer der Burg die Glückwünsche der Mitglieder beider Häuser des Parlaments sowie der Regierung entgegen. Auf die Ansprachen antwortete er in einer längeren Rede, in der er u. a. sagte:

„Damit wir uns mit Erfolg den kulturellen Aufgaben der Politik und der Verwaltung widmen können, müssen alle überflüssigen und schädlichen Zwistigkeiten beseitigt werden. Ich denke dabei hauptsächlich an nationale, namentlich sprachliche Zwistigkeiten. Die Lösung aller dieser Probleme fällt in erster Reihe den Tschechen und Slowaken zu. Ich will damit nicht sagen, daß die Deutschen und andere Minderheiten keine Mitverantwortung an der baldigen Ueberwindung dieses alten Erbübels hätten. Die Sprachen- und Nationalitätenfrage ist für den Staat überhaupt keine Prestigefrage, sondern eine Frage der Bedürfnisse der Verwaltung und einer praktischen Zweckmäßigkeit."

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging Masaryk auch auf die auswärtige Politik ein und erklärte u. a.: „Unsere auswärtige Politik hat die wirtschaftliche und kulturelle Annäherung an alle Völker zum Ziele. Das ist eine Friedensarbeit, denn gerade wir brauchen diese Annäherung zur Konsolidierung des neuen Staates. Deshalb (!) widmen wir uns mit besonderer Sorgfalt dem Aufbau unserer Armee. Wir haben keine aggressiven Absichten, werden aber jedergeit vorbereitet dastehen, um unseren Staat zu verteidigen. In diesem Geist werden auch alle internationalen Verträge abgeschlossen. **Es ist bereits allgemein anerkannt, daß die Kleine Entente ausschließlich der Verteidigung dient** (!). In der Zeit, wo Frankreich durch seine Politik gegenüber Deutschland ein so schönes Beispiel von Friedfertigkeit gibt (!), können wir unseren Nachbarn und allen Völkern und Staaten gegenüber keine andere als eine friedfertige Politik betreiben. Dies steht keineswegs im Widerspruch zu der Tatsache, daß wir mit unseren Verbündeten aus dem Weltkrieg sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir sind ihnen für die uns geleistete Hilfe dankbar. Alles in allem, sagen wir es gerade heraus, wollen wir uns auf uns selbst verlassen. In der Politik wie in der Praxis überhaupt entscheiden über die Schicksale von Personen, Völkern und Staaten nicht Phantasien und fromme Wünsche, sondern die geistigen und materiellen Kräfte."

Wenn ein Mensch sich durch seine Taten des Anspruches begeben hat, daß man seinen Worten glaubt, so ist es Herr Masaryk. Wir haben am Donnerstag dafür eine ausführliche Begründung gegeben und können die Beurteilung der Masarykschen Logik, die besonders in den lichtvollen außenpolitischen Darlegungen des tschechischen Staatspräsidenten deutlich wird, getrost unseren Lesern überlassen. Eins muß man Masaryk zugestehen: er ist nicht nur ein Vasall, sondern auch ein gelehriger Schüler Frankreichs. Es ist, als ob man Herrn Briand hörte ...

Frankreich dankt seinem „Mitkämpfer".

Paris, 7. März.

In der Kammer brachte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour, einen Antrag ein, die Kammer möge der tschechoslowakischen Nation ihre freudige Anteilnahme zum 80. Geburtstag des Präsidenten Masaryk zum Ausdruck bringen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem Ministerpräsident Tardieu die Annahme unter Hinweis auf die Zusammenarbeit in der Schaffung der tschechoslowakischen Bataillone für die Entente während der Kriegszeit empfohlen hatte.

Französisches Militärflugzeug landet auf deutschem Boden.

do. **Dresden**, 7. März.

Heute gegen 12 Uhr landete auf dem Chemnitzer Flugplatz ein französisches Militärflugzeug, das mit einem Pionieroffizier als Führer und einem französischen Diplomaten besetzt war. Das Flugzeug befand sich auf dem Wege nach Prag. Der Flugzeugführer hat den offiziellen Auftrag, im Auftrage der französischen Regierung an den Feierlichkeiten zu Ehren des 80-jährigen Masaryk teilzunehmen. Das Flugzeug, das eine Notlandung hatte vornehmen müssen, wurde wieder freigegeben, nachdem sich die Polizeiflugwache mit dem Reichsverkehrsministerium verständigt hatte.

Ungünstiger Eindruck an internationalen Börsen.

Die Rücktrittsabsicht des Reichsbankpräsidenten rief auch an den meisten internationalen Börsenplätzen eine stärkere Verstimmung hervor. In Amsterdam kam es nach freundlicher Eröffnung im Anschluß an die Meldung über Schachts Rücktritt zu einem Tendenzumschwung, der größere Kursabschläge mit sich brachte. Die Mark erfuhr eine nicht unbeträchtliche Abschwächung. Auch in Brüssel rief diese Nachricht Verstimmung hervor, während in Paris deren Wirkung offenbar durch die internationalen Diskontsenkungen paralysiert wurde. In London äußerte sich die Verstimmung über diesen Vorfall in einer vorübergehenden Abschwächung des Reichsmarkkurses um 1½ Pfennig.

Ueber die Vorgänge

in der Zentralausschußsitzung der Reichsbank

erfährt die TU. von zuverlässiger Seite, daß die Sitzung mehrere Stunden in Anspruch nahm. Dr. Schacht habe eingehende Mitteilungen über seine Bezüge und diejenigen des Reichsbankdirektoriums gemacht, und angesichts der von anderer Seite verbreiteten Gerüchte über die Bezüge hätten deren Geringfügigkeit und besonders die verhältnismäßig geringen Pensionen überrascht. Die Länge der Verhandlungen sei aber darauf zurückzuführen, daß man gerade von seiten der Bankmitglieder den Versuch gemacht habe, Schacht von seinem Schritt zurückzuhalten. Gelungen sei schließlich nur, Dr. Schacht zu überreden, daß er seinen Schritt in der Oeffentlichkeit nicht mit der Schärfe begründete, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte. Diese ursprüngliche Erklärung scheint unter anderem zum Inhalt gehabt zu haben, daß Schacht die Durchführung des Youngplans in der Gestalt, wie er sie im Haag erhalten hat, für unmöglich hält.

Wie die TU. weiter erfährt, hat Dr. Schacht schon vor einigen Tagen dem Reichspräsidenten von seiner Absicht, zurückzutreten, Mitteilung gemacht.

Wie erfolgt die Neuwahl des Reichsbankpräsidenten?

Der Rücktritt Dr. Schachts wirft die Frage auf, nach welchen Modalitäten eine Neuwahl des Reichsbankpräsidenten erfolgt. Da das neue Bankgesetz noch nicht in Kraft ist, gelten zunächst noch die Bestimmungen des alten Bankgesetzes. Reichsbankpräsident

Dr. Schacht hat aber erklärt, solange im Amte verbleiben zu wollen, bis über die Wahl eines Nachfolgers eine Entscheidung getroffen werden kann. Man wird hier die Betonung auf das letzte Wort legen müssen und kann annehmen, daß Dr. Schacht hiermit hat sagen wollen, daß man wohl diese Entscheidung zurückstellen werde bis zum Inkrafttreten des neuen Reichsbankgesetzes, das sich, gerade in bezug auf die Wahl des Präsidenten, grundlegend von dem alten Bankgesetz unterscheidet.

Nach dem alten Gesetz wird der Präsident vom Generalrat, der 7 ausländische und 7 inländische Mitglieder hat, in der Weise gewählt, daß eine Mehrheit von 9 Stimmen vorhanden sein muß, der mindestens 6 deutsche Stimmen (also die Stimmen aller deutschen Mitglieder mit Ausnahme derjenigen des Präsidenten selbst) angehören. Weiter ist in dem alten